

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementpreis 1,- Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obier, Leipzig-Lössnig, Lobstädtstr. 1.
 Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Sekkeuditz.
 Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Zur Beachtung!

Die nächste No. der »Graph. Presse« wird am Montag, den 25. März expediert und können am Dienstag, den 26. März in den bekannten Ausgaben entnommen werden.

Inhalt:

Gewerkschaftliche Probleme. — Zum Münchener Antrag zur Generalversammlung. — Bekanntmachungen. — Trennung. — Tarifamt der Lichtdrucker Deutschlands. — Schädigung der Berufsinteressen. — Brief aus Mügeln. — Korrespondenzen: Berlin I und II, Dresden, Frankfurt a. M., Göppingen in Würtbg., Mügeln. — Verschiedenes. — Anzeigen. — Der neue Chemigraphen-Tarif in Wien. — Münchener Brief. — Zur Beachtung. — Der Stand der Bewegung in Amerika. — Korrespondenzen: Offenbach.

Gewerkschaftliche Probleme.

I.

Mit dem Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung und deren aus ihrer Stärke hervorgehenden Erfolgen ist es auch im Lager der Unternehmer ganz gehörig lebendig geworden. Den Klassenkampf in den Gewerkschaften leugnen wollen, wie das in der letzten Zeit in Deutschland tatsächlich von einzelnen Seiten geschehen ist, heisst daher auch nichts weniger als die Wechselbeziehungen, die zwischen den sozialen Klassen von heute bestehen, zu verkennen, die geradezu zum eigentlichen Kennzeichen des Klassenkampfes wurden. Denn so wie einerseits der Druck des Kapitals die steigende Ausbeutung der Widerstandskraft in den Arbeitermassen weckte und diese in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abdrängte, so hat auch das allmähliche Erstarren der letzteren unter dem Unternehmertum neuerlich den Geist des Widerstandes ganz bedeutend gestärkt, was wir gegenwärtig in den recht eifrig betriebenen Fusions- und Koalitionsbestrebungen dieser unserer Feinde recht deutlich merken. Der Verlauf der wirtschaftlichen und ökonomischen Entwicklung vermag eben den Klassenkampf nicht auszuschalten, ja am allerwenigsten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Forderungen.

Der Umstand, dass nun die Gegenrüstungen der Unternehmer zu immer dichter geschlossenen Reihen der einzelnen Kapitalisten führen, war es nun, der zunächst bei vielen Leuten in Partei- und Gewerkschaftskreisen zu schweren Bedenken Anlass gab. War es schon den einzelnen Kapitalmagnaten gegenüber nicht gerade leicht, gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, so wird diese Möglichkeit ganz bedeutend erschwert, wenn wir es einmal mit einer strammen, disziplinierten und wohlgeschlossenen Unternehmerschaft zu tun haben, die als eine einheitliche Interessengruppe sich für die Gemeinsamkeit ihrer Ziele einzusetzen versteht, und der Zeitpunkt läge, bei dem Tempo, dass auch diese Entwicklung einmal eingeschlagen hat, gar nicht mehr ferne, wo die Gewerkschaften schliesslich zur völligen Ohnmacht

gegenüber den gigantischen Kapitalvereinigungen verurteilt würden.

Wenn dieser Pessimismus, der aus solchen Folgerungen herausklingt, irgendwie etwas beweist, so vor allem das gewaltige Anwachsen der konzentrierten Unternehmerrmacht, das eben niemandem, der aufmerksam die soziale Entwicklung verfolgt, entgehen kann.

Auf die Gefahr, die eben darin für die Arbeiter und ihre gewerkschaftliche Organisation liegt, hat auch bereits vor längerer Zeit der bekannte Münchener Nationalökonom Brentano hingewiesen, als er in einer Schilderung der Wirkungen, die durch die Syndizierung der industriellen Betriebe hervorgerufen werden, die neuen Formen der so entstehenden Riesenbetriebe mit neuen souveränen Herzogtümern verglich, in denen Hunderttausende von Abhängigen jeder Grundlage der staatsbürgerlichen Freiheiten entbehren. Dass die Konzentrationstendenzen, wie sie in den letzten Jahren in allen Industriestädten hervortraten, eine Stärkung der Unternehmerrmacht bedeuten, wird niemand leugnen. Denn in welchen Formen sich diese Konzentrationstendenzen immer auch verwirklichen, ob im Syndikat oder im losen Arbeitgeberverband, eine Machtsteigerung bedeutet jede derartige Zusammenschliessung von Einzelinteressen in doppelter Hinsicht: einmal erhöht sich ganz naturgemäss die Macht, die die Unternehmerrmacht als Partner im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterschaft gegenüber zu gebrauchen vermag, während andererseits die prononzierte Stellung, die sich damit die Arbeiterschaft als Klasse gibt, auch einen nachdrücklicheren Einfluss auf Gesetzgebung, öffentliches und wirtschaftliches Leben überhaupt bedeutet.

In der Verwaltung eines Landes wirken zum Beispiel die amerikanischen Trusts, zu denen unsere Ringe und Kartelle ja nur die vorläufigen Voraussetzungen sind, geradezu verheerend, indem sie durch ihre finanzielle Macht Unsummen für Bestechung und in anderen Formen gehaltene Beeinflussung der Rechtsanwendung verwenden können und so korrumpierend das öffentliche Leben beeinflussen. Wirtschaftlich spüren wir heute schon geradezu von Woche zu Woche die Segnungen, die von den Fusionsbestrebungen in den unterschiedlichen Unternehmerrgruppen ausgehen. Sie äussern sich bekanntlich nicht nur in den fortgesetzten Preissteigerungen, von denen wir in diesem Jahre schon auf allen Industriegebieten heimgesucht worden sind; die Mittel, deren sich das Kartell bedient, sind rücksichtsloser Terrorismus gegen alle jene, die sich nicht bedingungslos seinem Diktat beugen wollen; man braucht sich hierbei nur an das letzte Stückchen des Kartells der deutschen Maschinenfabrikanten zu erinnern, das zum Boykott aller Buchdruckereien aufforderte, die ihrem Personal die tarifmässigen Löhne zahlen.

Und nun ist die Frage, die ängstliche Gemüter bewegt, die:

»Werden die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Rolle als Schutz- und Verteidigungsbündnisse der wirtschaftlich Schwächeren für die Dauer mit Erfolg behaupten können, wo es gilt, sich gegen die auf solche Art immer mächtiger werdenden und ihren Einfluss verstärkenden Unternehmer zu wehren und ihren Angriffen statzuhalten? Werden nicht die Arbeiter, auch wenn sie vereinigt und geschlossen sind, zum Schlusse von dem mächtigen industriellen Kapital, das den Kampf unter sich selbst aufgibt, und seine Kraft nur auf den einen gemeinsamen Feind richtet, an die Wand gedrückt werden?«

Viele, die diese Frage, die für unsere gewerkschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme wichtig ist, einfach im fatalistischen Sinne beantworten zu müssen glaubten, sind damit eben zu jenem entscheidenden Punkte gelangt, wo die Grenze der Gewerkschaftsmacht erreicht ist. Mit der gigantischen Riesenmacht des Kapitals, die nun einmal nicht zu umgehen ist, kommt ihrer Meinung nach die Gewerkschaftsbewegung an eine gefährliche Klippe, die für sie das hindernde, jede Schlagkraft lähmende Non possumus (Wir können nicht) bedeutet.

Für die Beantwortung dieser Frage, die, wie wir bereits erwähnten, für die Gewerkschaften nicht gleichgültig ist, kommt nun eine kleine Schrift des Genossen August Müller-Magdeburg gerade recht. Müller bespricht die Machtentfaltung und die Tätigkeit, die von den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden ausgeht, und untersucht die Wirkungen, die sich daraus ergeben, sehr genau. Dass die organisierte Unternehmerrmacht sehr wohl einen grösseren Einfluss auf ihre Arbeiterschaft auszuüben vermag, leugnet auch Müller nicht. Allein was der Unternehmer unter keinen Umständen zu verhindern mag, ist die Stockung der Produktion. Diese ist es, die zunächst nur durchgreifend von den Arbeitern, und zwar wenn sie organisiert sind, bewirkt werden kann, ohne das auch das organisierte Unternehmertum dagegen aufzukommen vermag. Allerdings hat auch der Arbeitgeber in der Organisierung ein Mittel, das seine Macht stärkt und über manche Schwierigkeiten hinweghilft. Allein das Kräfteverhältnis ist keineswegs gleichwertig.

Zum Münchener Antrag zur Generalversammlung.

Wohl alle Delegierten der Berliner Generalversammlung im Jahre 1905 haben diese mit dem frohen Bewusstsein verlassen, mitgearbeitet zu haben an einem Kulturwerke in unserem Berufe, der Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verein der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe. Sollte doch die Verschmelzung den so notwendigen Frieden unter den Kollegen garantieren, um mit Ruhe und Energie die Organisation weiter auszubauen, die Zukunft unserer Invaliden und Witwen tunlichst sicher zu stellen und ein Bollwerk zu bilden gegen die voraussichtlichen Uebergriffe des

Unternehmertums. Hatten doch auch die zwei Frankfurter Delegierten, welche gewissermassen als Gegner der Verschmelzung anwesend waren, erklärt, mit den Verhandlungen und Beschlüssen zufrieden zu sein, indem sie ein so weites Entgegenkommen seitens des Verbandes kaum erwarten konnten. Sie gaben sogar das Versprechen ab, in ihrer Mitgliedschaft tatkräftig mitzuwirken, den Frieden zu fördern und zu festigen. Ob sie dies getan, entzieht sich meiner Kenntnis; war es aber der Fall, so war der Erfolg gleich Null. Was nun seit der Berliner Generalversammlung bis zum Urteil des Reichsgerichts alles an Quertreibereien seitens des sog. Rechtsschutzvereins geleistet wurde, soll hier nicht nochmals erörtert werden; ist es doch allen recht denkenden Kollegen nachgerade zum Ekel geworden. Es wird dann begreiflich, wenn Anträge, wie der von München gestellte, an die Generalversammlung kommen, um den so notwendigen Frieden herbeizuführen. Das Mittel ist radikal; aber es hilft. — Der Antrag verlangt in der Hauptsache: Herstellung des Verbandes wie vor der Verschmelzung, Uebertritt aller Vollmitglieder aus dem Senefelder-Bunde, Ueberlassen der Unterstützungs- und Invalidenkasse mit den Reservefonds an die im Senefelder-Bund verbleibenden Mitglieder, sowie Invaliden und Witwen. Jedes in den neuen Verein über tretende Mitglied ist sofort in allen Unterstützungs zweigen bezugsberechtigt nach Massgabe der im Senefelder-Bund zurückgelegten Wartezeiten.

Der Antrag Hannover bringt wohl ziemlich dasselbe, ist aber durch die Bedingung einer fünfjährigen Wartezeit für Invaliden unannehmbar, da wir dadurch die älteren Mitglieder nicht zum Uebertritt bewegen können. Durch Wegfall der Wartezeit kann der neue Verein sofort auf ca. 13000 Mitglieder gebracht werden, da er sofort alle Verbindlichkeiten vom Senefelder-Bund den Mitgliedern gegenüber übernimmt. Die Statutenvorlage des Hauptverbandes ist schon deshalb nicht annehmbar, weil uns der Münchener Vorsitzende des Rechtsschutzvereins einen ganzen Rattenkönig von Prozessen auf Grund des vorgelegten Statuts ankündigte. (So sieht nämlich der Friede aus, den der Rechtsschutzverein will.) Wenn in der »Graph. Presse« darüber geklagt wurde, dass durch Annahme des Antrages Hannover, ergo auch München, die ganze langjährige Verschmelzungsarbeit umsonst gewesen, so ist das falsch. Ohne die vorhergegangene Verschmelzung wäre es unmöglich, eine Neugründung auch nur zu beantragen, vielweniger durchzuführen. Sie war notwendig als Etappe auf der Entwicklung unserer Organisation. Und was ist, muss doch auch gesagt werden: Sehen wir uns einmal die so wohl erworbenen Rechte der Invalidenrente beanspruchenden Mitglieder, mit welchen die Rechtsschutzler bei jeder Gelegenheit kreben, etwas näher an. Erst in den letzten Jahren wurden die Beiträge zur Invaliden- und Witwenkasse auf eine Höhe gebracht, dass die Kasse zur Not existieren konnte. Früher wurde durch viele Jahre nur ein Beitrag von 10 resp. später 15 Pfg. pro Woche erhoben. Dass bei diesem Beitrag ein ganzes Menschenalter dazu gehört, um nur eine Jahresrente für einen Invaliden herauszubringen, ist doch in fünf Minuten ausgerechnet. — Wir zahlen doch jährlich auf die Zinsen aus dem Reservefonds ca. 90000 Mk. aus den laufenden Beiträgen drauf. Also wo sind die wohl erworbenen Rechte? — Wenn dieses Kapital samt Invaliden und Witwen dem alten Bunde mit ca. 2000 Mitgliedern verbleibt, so wird diese Summe von eben diesen 2000 Mitgliedern aufgebracht werden müssen; dass es da unter einem wöchentlichen Beitrag von 1,40 Mk. garnicht abgeht, liegt auf der Hand. Die Invaliden und Witwen können also nicht geschädigt werden, selbst wenn es zur Liquidation kommen sollte, da in diesem Falle die Regierung das vorhandene Kapital sofort für die vorhandenen Invaliden und Witwen reservieren wird. Der neue Verein hat jedenfalls

damit nichts zu tun. Und wenn der alte Bund resp. die verbleibenden Mitglieder sich so sehr freuen, wenn ihnen das gesammelte Kapital in den Schoß fällt, so können wir ihnen die Freude billig gönnen. Allzugross wird diese Freude nicht sein. Der neue Verein bedarf momentan keines Reservefonds, da wir im ersten Jahre ja wenig oder keine Invaliden zu unterstützen haben; wohingegen wir nach einem Jahre, bei einem Beitrag von 1,20 Mk. pro Woche, (40 Pfg. für Invaliden- und Witwenkasse) einen Fonds von mindestens 200000 Mk. aufbringen können; ausserdem steht uns ja das bis zum Perfektwerden des neuen Vereins wieder gesammelte Kapital der Gewerkschaftskasse als Betriebskapital momentan zur Verfügung. Wenn also alle Vollmitglieder sofort übertreten, muss der Verein florieren. Es ist dann nicht einmal notwendig, an den so oft bewährten Idealismus der Kollegen zu appellieren; der Vorteil liegt doch klar auf der Hand. Man komme uns auch nicht mit der inhumanen Handlungsweise, die wir da etwa ausführen, — dass wir sehr human sind, beweist doch unser Statut, wo wir bestrebt waren, durch hohe Beiträge die Invaliden und Witwen sicher zu stellen. Wenn aber das der Rechtsschutzverein nicht genehmigt, sind wir doch nicht inhuman. — Auch die Humanität hat ihre Grenzen; soweit geht sie eben nicht, um aus unserer Haut von den sogen. Auch-Kollegen Riemen schneiden zu lassen.

Kann ein Weg gefunden werden, wodurch die Neugründung hintangehalten wird und den Invaliden und Witwen die bittere Pille erspart bleibt, kann es uns recht sein. Aber auf alle Fälle dann im Senefelder-Bund nur Vollmitglieder, gleiche Rechte und gleiche Pflichten und Ellenbogenfreiheit für die Gewerkschaftsbewegung. — Die Kollegen allerorts mögen diesen Antrag beschreiben und ihre Delegierten entsprechend informieren, um in Hannover etwas Ganzes zu schaffen. Das letzte Wort in der Sache spricht dann die Urabstimmung. (Fr.)

Bekanntmachungen.

Zur Generalversammlung haben einige Mitgliedschaften »Antrag auf weitere Vertagung der Generalversammlung« eingereicht. Der Hauptvorstand beschloss, an dem festgesetzten Termin festzuhalten. Trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten wird die Generalversammlung dennoch das Richtige zu treffen wissen.

Der Hauptvorstand.

Zur Auskunfterteilung.

Bei jedem Stellungwechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunfts-karte darf an andere nicht weiter gegeben werden.

Die Auskunfterteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten sofort zu beantworten.

Die Unterstützungs-Anzahler haben alle statistischen Unterstützungen sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen und der Reichkarte, keine Unterstützungen auszusahlen.

Aachen: Die Aachener Verlags- und Druck-Gesellschaft schloss mit unserem dortigen Vorstand einen gleichen Tarif ab, wie mit der Firma Keppler ein solcher abgeschlossen wurde.

Ebersbach i. S.: In Firma Strohbach wurde ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen und infolgedessen die Arbeitszeit für Lithographen von 9 auf 8 $\frac{1}{2}$ und für Steindruckler von 10 auf 9 Stunden verkürzt. Feiertagszahlung bestand schon. Ueberstundenzuschlag fürhler keiner, jetzt 25%. Lohnzulagen von 1—5 Mk. per Woche wurde zugestanden. Lehrlings-ziffer 1—4 Gehilfen 1 Lehrling etc.

Posen: In Firma Pitzek & Co. wurde die Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde täglich verkürzt.

Stollberg b. Aachen: In Firma Wilh. Prym wurden Lohnzulagen von 2 und 3 Mk. bewilligt. Zweim-schinenbedienung ist gefallen.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindruckler:

Altwasser. In Firma Tielsch & Co., Porzellanfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Kündigung ist eingereicht. Zuzug fernhalten.

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindruckler gesperrt. Die Sperre wird der im § 16 des Streik-reglements bezeichneten Sperre gleichgestellt. Zu-widerhandelnde haben Ausschluss zu gewärtigen.

Dresden. Die Glasgrabplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.

In Firma H. C. Steimmüller sind Differenzen ausgebrochen. Kündigung ist eingereicht. Zuzug fernhalten.

Elberfeld. Emallierwerk H. Peters. Leipzig. Chemigraphen vor Engagement Erkundigungen einzuziehen.

Limbach i. S. Zuzug nach hier ist fernzuhalten. Es drohen Differenzen auszubrechen.

Merseburg. Firma Göring. München. Anton Bernsdorf.

Niedersedlitz. Hier drohen Differenzen auszubrechen, Zuzug fernhalten.

Für Chemigraphen ist gesperrt:

Berlin. Edm. Gaillard, Graphische Gesellschaft, W. Greve, Thedran & Kraushaar, F. Heilemann, Mündner, Paul Schahl, Illustrations-Zentrale, Baudouin.

Chemnitz. A. Jülich. Stuttgart. Gebr. Rössle.

Stellungnahme in diesen Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Ausland.

Wien. Infolge Tarifbewegung. Karlsbad-Aitrohlau. Keramische Druckereien. 4 Kollegen stehen in Kündigung.

V. St. Amerika und Canada. Achtung! Unter glänzenden Versprechungen sucht durch Chiffre-Annoncen ein Privatier, J. O. Weber in Pforzheim, Bleichstr. 95, Streikbrecher in Deutschland; Lithographen und Steindruckler nach Amerika. Alle Angebote sind strikte zurückzuweisen, da unsere amerikanischen Kollegen im Streik stehen.

Brüssel. Hier versuchen die Arbeitgeber unter Hinzuziehung von Deutschen Lithographen und Steindruckern die Löhne zu drücken, wogegen unsere dortigen organisierten Kollegen ankämpfen; besonders tritt hierbei die Firma Myrke & Oeschwister hervor. Wir warnen deshalb zurzeit Stellung nach Brüssel anzunehmen.

Norwegen (Tarifbewegung). Der Streik der Chemigraphen dauert bereits 10 Wochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. Folgende Städte sind für Lithographen, Chemigraphen und Steindr. gesperrt: Christiania, Sandriken, Drammen, Christian-sund, Stavanger, Bergen und Trondhjem. — In nächster Nummer Brief aus Christiania.

Vevey (Schweiz). Erkundigungen sind bei Herrn Henry Hochstrasser, Avenue de Plau No. 9, einzuziehen.

Gesperrt sind in der Schweiz:

Der Arbeitsnachweis des »Sekretariats des Vereins Schweiz. Lithographenbesitzer in Winterthur«. Basel. Firma Th. Budin, Lithographie. Bern. Lithographie Siebenmann & Co. Freiburg. Kartonfabrik H. Wilczek. Vevey. Säuberlin & Pfeiffer.

Trennung?

Von einer Trennung verspreche ich mir nicht dasjenige, was die verschiedenen Artikel und Befürworter davon hoffen; dieselbe würde uns wohl eine reine Komplexorganisation schaffen, aber die Kollegen welche sich bei einer Trennung nicht anschliessen, wären bei einem Kampfe doch nicht aus der Welt geschafft und zahlreicher als vorher. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftskasse soll laut Urteil freiwillig sein für ehemalige Bundesmitglieder; wir sind nun bereits lauter solche Mitglieder und ich kann heute schon bestimmt behaupten, dass bei Annahme des Statutenentwurfs vom Hauptvorstand oder demjenigen von Leipzig sämtliche hiesige Mitglieder gern freiwillig in die Gewerkschaftskasse verbleiben, dagegen bei einer vollständigen Trennung oder Neugründung wären die Aussichten nicht günstig, indem das Vertrauen zum Senefelder-Bund resp. Organisation erschüttert wird durch die fortwährenden, umfangreichen Änderungen, welche nach kurzer Frist in demselben immer wieder vorgenommen werden. Nach den beiden Entwürfen wäre immer noch ein gewisser Einfluss auf die Halbmitglieder vorhanden, auch würden sich jedenfalls von den alten Mitgliedern nur wenige von der Gewerkschaftskasse abwenden, besonders im Hinblick auf die Erfahrungen vom vorigen Jahr; zieht man dieses in Betracht, so muss man zu dem Schluss kommen, dass Trennung oder Neugründung einer Zersplitterung nur Vorschub leistet und Bewegungen sehr ungünstig beeinflussen würde. Die Annahme, dass sich die ehemaligen Bundesmitglieder bei einem Kampfe nicht bewähren, ist durch die Bewegung des vorigen Jahres hin-fällig. A. H.

Tarifamt der Lichtdrucker Deutschlands.

Am Sonnabend, den 16. März abends 7 Uhr, hielt das Tarifamt im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig eine Sitzung ab, in welcher konstatiert wurde, dass nunmehr 47 Firmen mit etwa zwei Dritteln der Gesamtgehilfenschaft der Tarifgemeinschaft beigetreten sind. Mit wenig Ausnahmen hatte die Agitation zum Beitritt zur Tarifgemeinschaft sehr erfolgreiche Erfolge und zwar sowohl, was die diesbezüglichen Bemühungen der Prinzipale, als auch diejenigen der Gehilfen anbelangt. Nur Berlin hat sich in erster Linie den für die Lichtdruckbranche so hochwichtigen Bestrebungen des Tarifamtes gegen-

über recht lau verhalten und es werden daher sofort nochmals gemeinsam Versuche seitens der Prinzipale und Geblissen in die Wege geleitet, um diejenigen Lichtdruckereien, die der Tarifgemeinschaft noch nicht beigetreten sind, zu gewinnen. Es soll, sofern es sich notwendig macht, eine Gehfen-Delegation nach Berlin reisen, um durch persönliches Einwirken, eventuell auch durch Belehrung einer abzuhaltenen Versammlung, ihre Kollegen zu veranlassen, in den Lichtdruckereien bei ihren Prinzipalen vorstellig zu werden, um sie, wo dies noch nicht geschehen, zum Beitritt zu bewegen. Wir hoffen, dass dieser nochmalige Appell, der von beiden Seiten an die Lichtdruckereibesitzer gerichtet wird, von recht gutem Erfolge begleitet sein möge, und dass man sich ferner nicht mehr der unumstößlichen Ansicht verschliesse, dass nur auf der Basis einer gesunden Tarifgemeinschaft eine Besserung in den momentan ungünstigen Verhältnissen der Lichtdruckbranche erreicht werden kann.

Schädigung der Berufsinteressen.

In No. 4 der »Photogr. Rundschau« befindet sich ein Artikel über »Liebhaber Aufnahmen und deren praktische Verwendung«, welcher der »Phot. News.« entnommen ist, worin die Amateur-Photographen darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie ihre Werke gegen eine Vergütung von 2 bis 5 Mk. den Postkartenverlegern oder Fabrikanten anbieten und sich auf diese Art und Weise eine Einnahme verschaffen können. (Bemerkst sei hierzu, dass Berufsphotographen für gute Aufnahmen durchschnittlich noch 10 bis 25 Mk. erzielen.) Des Weiteren führt der Artikel nach Anweisungen über die Beschaffenheit des Originals im Schlusssatz noch wörtlich aus: Wenn auch der Gewinn nicht gross ist, so gewährt es doch ein Vergnügen, seine Werke auf Postkarten vervielfältigt im Schaufenster zum Verkauf auslegen zu sehen.

Nicht genug, dass die soziale Lage der Photographengehilfen und Prinzipale einen bedenklich tiefen Stand erreicht hat, die Proletarisierung dieser Kreise täglich weitere Fortschritte macht und die Schmutzkonzurrenz die sonderbarsten Blüten treibt, nein, man lässt auch noch den Dilettanten oder sog. Liebhaberphotographen auf den Verleger los. Ganz davon abgesehen, dass der Amateurismus gegenwärtig schon auf einer respektablen Höhe steht, muss man in Betracht ziehen, dass er nur ein Sport ist und als solcher ausgeübt werden sollte. Einer wesentlich anderen Meinung scheint man aber in der Redaktion der »Photogr. Rundschau« zu sein, indem es für richtig gehalten wird, den Sportmann darauf aufmerksam zu machen, seine Originale für 2 bis 5 Mk. an den Mann zu bringen. Man scheint also infolgedessen noch nicht zu wissen, dass die Herren Postkartenverleger leider schon mit P. O. duken von Liebhaberphotographen übersättigt werden, ja, dass sogar viele von ihnen ihre Arbeiten ohne jegliches Entgelt anbieten, nur damit sie ihre Werke, wie es im Schlusssatz des Artikels der »Photogr. Rundschau« heisst: »auf Postkarten vervielfältigt im Schaufenster zum Verkauf auslegen sehen.«

Also, anstatt die Interessen des Berufes zu vertreten, empfiehlt man die ärgste Schmutzkonzurrenz. Wie unendlich nobler wäre es doch gewesen, wenn die »Photogr. Rundschau« einen derartigen Artikel ignoriert oder noch besser, gegen denselben Stellung genommen hätte, aber für solche Anschauungen scheint der Redaktion jedes Verständnis zu fehlen.

Brief aus Mügeln.

Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, sei auf die Firma Winter & Sauer, Briefumschlagfabrik, Heidenau-Mügeln, aufmerksam gemacht. Vor ungefähr 2 Jahren führte genannte Firma Lithographie und Steindruckerei ein. Man müsste nun annehmen, dass ein Geschäft, welches sich noch im Anfangsstadium befindet, sich möglichst lange eingearbeitetes Personal zu erhalten sucht. Hier ist jedoch das Gegenteil der Fall, ein steter Wechsel ist zu verzeichnen, aus allen Gegenden kommen Lithographen wie Drucker, um nach kurzer Zeit wieder zu gehen. Die Ortsverwaltung sah sich daher genötigt, gegen die Firma vorzugehen. Der Geschäftsleitung war das natürlich unangenehm und sie beschwerte sich bei der hiesigen Verwaltung. Den vorstellig werdenden, welchen auch ein Oaukommissionmitglied zugeleitet war, wurde versprochen, vorhandene Mängel an Material abzurufen, ebenso sollte auch der Wechsel nach Möglichkeit unterbleiben, da es angeblich der Firma darauf ankomme, tüchtige Kräfte zu erhalten. Auf Wunsch der Geschäftsleitung wurde sogar eine Notiz in der »Graph. Presse« veröffentlicht, dass Differenzen zwischen dem Senefelder-Bund und der Firma nicht mehr bestehen. Wir waren nun der Hoffnung, dass endlich der Friede hergestellt sei; doch es währte nicht lange. Vor kurzem wurden wieder 3 Kollegen (Verbandsmitglieder) ohne Grund gekündigt, trotzdem uns bei der früheren Aussprache versichert wurde, die Kollegen arbeiten zur Zufriedenheit. Dem einem, einem älteren Drucker, wurde von der Firma dauernde Stellung, ev. Vertrauensposten zugesichert. Acht Tage später erhielt derselbe jedoch ebenfalls die Kündigung. Da wir uns mit einem derartigen Vorgehen begrifflicherweise nicht einverstanden erklären konnten, wurde in der Mit-

gliederversammlung Stellung zu dieser Angelegenheit genommen. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, die Sperrung über die Firma zu verhängen, da es ebenfalls nicht im Interesse des Senefelder-Bundes liegt, die Kosten für den fortwährenden Wechsel zu tragen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Mügeln.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Redaktionschluss: Dienstag.

Spätere Eingänge können für die laufende Nummer nicht berücksichtigt werden.

Altwasser. Die Arbeitsverhältnisse in der Porzellanfabrik von Tielsch & Co. waren trotz 10 $\frac{1}{2}$ -ständiger Arbeitszeit (exkl. der $\frac{1}{2}$ -ständiger Frühstückspause) bis vor kurzem noch erträgliche zu nennen. Anders gestalteten sich jedoch die Dinge a's ein sogenannter Oberdrucker auf der Bildfläche erschien. Es ist dies der Exprinzipal mit Namen Max Helmle. Als dessen Firma hierorts den Betrieb einstellte, tauchte Helmle zuerst in Neurode als technischer Leiter der keramischen Abteilung und als diese abgewirtschaftet hatte, in Charlottenburg als kleiner Oernergross auf. An letztgenanntem Orte schienen aber die Trauben zu hoch zu hängen, denn ohne eine ganz verpfuchte Auflage von 2000 Bogen auszudrucken, verschwand er von dort, der Firma noch den angeblich wohlgemeinten Rat zu erteilen: »Die Keramik in die Ecke zu stellen und das Geld zu behalten«. Bemerkst sei hierzu, dass in diesem Geschäft speziell alte erfahrene Keramiker konditionieren und dass dieses Geschäft zur Zeit in punkto keramischen Druck vorzügliches leistet. Nun erschien H imle bei Tielsch. Nachdem er kurze Zeit hier selbst als Maschinenmeister tätig war, erfolgte vor einigen Wochen seine feierliche Proklamierung als »Ober« von Seiten des Fabrikdirektors Feist. Als solcher verstand es H., binnen kurzer Zeit unseren dort beschäftigten Kollegen das Leben so schwer wie möglich zu machen. »Halten Sie den Mund, Sie sind nur zum Arbeiten da, oder ich schmeisse Sie hinaus; ferner jede Viertelstunde ziehe ich vom Lohne ab, wenn ich sehe, dass nicht gearbeitet wird«. Diese und ähnliche Worte bekommen unsere Kollegen sowie die Mädchen zu hören. Drucker, welche 8 und 4 Jahre lang zur Zufriedenheit der Direktion gearbeitet hatten, zogen es vor, lieber anderweitig Stellung zu suchen, als sich dieser Leitung zu fügen. Ja, dieser famose Helmle geht sogar soweit, Porzellanmaler in der Steindruckerei auszubilden. In mehreren Geschäfts- und Mitgliederversammlungen gelangten nun diese Missstände zur Sprache. Das Resultat hiervon war, dass es zum Vorgehen in genannter Firma kam. Ausser der Anerkennung des Tarifes von der Aktiengesellschaft vorm. Wunderlich & Co. wurde die Zurückziehung des Porzellanmalers aus der Druckerei-Abteilung, sowie humanere Behandlung von Seiten des Oberdruckers verlangt. Da 3 Kollegen aus der Fabrik austraten, ein Vierer bereits in Kündigung stand, so blieben nur noch 2 Steindrucker übrig. Diese, sowie der Vorsitzende der Zahlstelle wurden verflochten Freitag beim Direktor vorstellig. Da nun Helmle kurz vorher eine beinahe einstündige Unterredung mit dem Direktor gehabt hatte, so war wohl im voraus nicht viel Günstiges zu erwarten. Direktor Feist erklärte zu nächst unserem Vorsitzenden, dass er mit ihm nichts zu tun habe. Er habe noch nie mit einer Organisation verhandelt und wird dies auch in Zukunft nie tun. Den anderen Kollegen erklärte er, dass diese faul wären und er will sich andere Leute suchen oder seine Drucke von anderen keramischen Druckereien beziehen. Zum Schluss kam der Direktor der Kündigung unserer Kollegen sogar zuvor. Aus diesen wenigen Worten, sowie aus dem veränderten Wesen des Direktors, merkte man doch zu deutlich die Machinationen des famosen Herrn Helmle heraus. Nun, Herr Direktor Feist wird ja einsehen lernen, wie weit er mit der tüchtigen Kraft seines Oberdruckers und eines Porzellanmalers in seiner Druckerei-Abteilung kommen wird. Vielleicht gedenkt Direktor Feist recht bald seiner bewährten Drucker von früher. — Zu unterstützen bleiben demnach die zwei hinausgeworfenen, sowie ein Kollege, welcher vor dem Konflikt bereits engagiert war; doch dieser hat sich bereit erklärt, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. An uns wird es nun liegen, den aufgedrungenen Kampf voll und ganz durchzuführen. Kollegen, meldet daher die Firma Tielsch. Da Direktor Feist bereits in österreichischen Blättern Leute sucht, so werden hiermit die Kollegen von Oesterreich, speziell Böhmen vor Zuzug gewarnt. — Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, dass zwischen den in hiesigen Industriegebiet befindlichen Porzellanfabriken (Waldenburg, Altwasser und Niedersalz) nun ein Ukas besteht, wonach ein Kollege, welcher selbst kündigt, innerhalb 6 Monaten in keiner der genannten Firmen Arbeit erhält. Dieser Beschluss trifft alle in der keramischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Ukas ist gesetzlich unzulässig, da er gegen die guten Sitten verstößt.

Berlin I. Eine ausserordentlich stark besuchte Versammlung der Filiale I Berlin, beschäftigte sich am 11. März mit dem Statutentwurf des Hauptvorstandes. Kollege Haass, welcher das Referat über-

nommen hatte, führte dazu folgendes aus: Wenn je die Berliner Kollegenschaft in ihren Erwartungen enttäuscht worden ist, ist dies im besonderen Masse durch den Statutentwurf des Hauptvorstandes der Fall. Nachdem in der kombinierten Versammlung im Januar sich die Kollegen durch einstimmige Annahme einer Resolution gegen jeden Kompromiss mit den Rechtsschutzvereinen ausgesprochen haben, und der Hauptvorstand in dieser, wie auch in späteren Versammlungen diesen Standpunkt auf energichste vertreten hat, unterbreitet er jetzt einen Entwurf, welcher den vollendetsten Kompromiss darstellt. Dieser Entwurf verstößt aber auch gegen die Entscheidung des Reichsgerichts, denn dieses erklärt die Angliederung einer Gewerkschaftskasse an den Bund als unzulässig. Es würde, selbst wenn der Rechtsschutzverein oder deren Hintermänner keinen Protest dagegen einlegen, jedem x-beliebigen Auch-Mitglied möglich sein, in Zukunft jede gewerkschaftliche Tätigkeit zu erschweren, da auf Grund dieses Entwurfes Streikbrecher nicht ausgeschlossen werden können. Als die Verschmelzung beschlossen wurde, wollte man neben der Sicherstellung der Bundeskassen eine starke durch die Bundeseinrichtungen fest zusammengeschweiste einheitliche Organisation für unseren Beruf schaffen. Diese lässt sich aber, ohne von jenen Leuten abhängig zu sein, nicht aufrecht erhalten und deshalb empfiehlt Redner folgende Resolution:

»Von der Erwägung ausgehend, dass eine Angliederung der Gewerkschaftskasse an die Unterstützungskassen des Bundes nur möglich bleibt unter der Voraussetzung, dass Streikbrecher oder sonstige disziplinlose Elemente in den Reihen der Mitglieder behalten werden müssen, erwartet die Filiale Berlin I des Deutschen Senefelder-Bundes die vollständige Loslösung der Gewerkschaftskasse vom Bund.

Mit der dadurch erforderlich werdenden neuen Gewerkschaftsorganisation ist vom Senefelder-Bund ein Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen. An der Hand praktischer Gewerkschaftsarbeit zeigte er, dass dieser Weg der einzige richtige ist um die Interessen des Berufes zu wahren, da er uns äusserlich die Zweiteilung, innerlich aber die Einheit darstellt. In der Diskussion verteidigten die Kollegen Sillier und Brall den Entwurf des Hauptvorstandes um die Einheitsorganisation hoch zu halten. Diesem wird von den anderen Rednern entgegnet, dass man lieber die Einheitsorganisation fallen lassen sollte, ehe man das Prinzip der modernen Gewerkschaftsorganisation preisgibt. Im übrigen bewegte sich die Diskussion im Sinne des Referats und wurde der Vorschlag der Verwaltung gegen die Stimmen der anwesenden Hauptvorstands-Mitglieder angenommen.

Berlin II, Chemigraphen. Mitgliederversammlung vom 7. März 1907. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung; 2. Quartalsabrechnung; 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kollege Sahm aus, dass, da der neue Statutentwurf des Hauptvorstandes vorliegt, an der Hand desselben in die Diskussion darüber eingetreten werden könne. Es sei wohl nicht angebracht, die einzelnen Paragraphen durchzugehen, sondern er halte es für wichtig, sich über die »prinzipielle« Seite auszusprechen. Kollege Haass führte darüber aus, dass für ihn der Statutentwurf des Hauptvorstandes umso mehr bar wäre, da durch denselben an der Sachlage nichts geändert wird. Nach wie vor könnte uns durch das Gericht Schwierigkeiten bereitet werden, auch wäre es uns nicht möglich, Streikbrecher auszuschliessen, welche Lage wir bis zur Stunde doch schwachvoll genug empfunden haben. Er stehe auf dem Standpunkt, eine vollständig neue Gewerkschaftsorganisation zu gründen, und mit dem Bunde in ein Vertragsverhältnis einzugehen. Kollege Haass teilte mit, dass ein in diesem Sinne ausgearbeiteter Statutentwurf einer kombinierten Verwaltungssitzung aller Filialen zur Stellungnahme vorliege. Redner empfahl dann eine dementsprechende Resolution zur Annahme, was allgemeinen Beifall fand. Kollege Hehr wandte sich gegen die Ausführungen des Kollegen Haass und verteidigte den Entwurf des Hauptvorstandes, er warte im besonderen vor einer Trennung des Bundes von der Gewerkschaft. »Kollege Sahm schloss sich im wesentlichen den Ausführungen des Kollegen Haass an, ging auf die Verschmelzungskampagne ein und erklärte, dass eine Gewerkschaftsorganisation, die nicht in der Lage wäre, Streikbrecher auszuschliessen, als Unsinn zu betrachten sei. Hiermit stehe und falle für ihn die ganze Verschmelzung. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, heute nicht über die Resolution Haass abzustimmen, da man den neuen Statutentwurf noch nicht kenne. Ein Antrag, der darin ginge, diesen Punkt zu vertagen, bis den Mitgliedern der neue Entwurf bekannt sei, wurde angenommen. Es kam sodann die Angelegenheit über das Oerstenlaue'sche Verfahren zur Sprache. Von Vorstandseite wurde der Konflikt, der sich in Stuttgart durch das Verhalten der Lithographen herausgebildet hat, des näheren erläutert und ging derselbe mit dem Stuttgarter Versammlungsbericht scharf ins Gericht. Der anwesende Hauptvorstand erklärte, dass die Sache viel zu gefährlich angesehen werde, und war der Meinung, dass die Angelegenheit sich auf der Generalversammlung zu unserer Zufriedenheit erledigen lassen werde. Jedenfalls für so wichtig, wie sie die Chemigraphen auffassen, halte er die-

selbe nicht. Dem wurde von den nachfolgenden Rednern scharf entgegengetreten. Sämtliche Redner standen auf dem Standpunkt, dass wir es uns als Chemigraphen auf keinen Fall gefallen lassen, unsere von den höchsten Tarifinstanzen und im Beisein des Hauptvorstandes gefassten Beschlüsse zu umgehen. Die teilweise sehr erregte Debatte zeitigte folgende Resolution:

»Die am 7. März tagende Versammlung der Filiale II protestiert auf das Entschiedenste gegen die Auffassung der Stuttgarter Lithographen, dass das Gerstenlaue'sche Verfahren zur Ausübung der Lithographie gehört und erwartet, dass die Stuttgarter Lithographen die Beschlüsse unserer Tarifinstanzen respektieren. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde der Punkt Quartalsabrechnung vertagt. Unter Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes wurde der frühere Lithograph, jetzige Farbbätzer Seelmacher, da derselbe bei Gaillard als Streikbrecher fungiert, einstimmig ausgeschlossen. Mit einem Hinweis auf das demnächst stattfindende Stiftungsfest wurde die Versammlung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Dresden. Die am 9. März im Saale der Reichshallen stattgefundenen starkbesuchte Versammlung aller Filialen eröffnete Kollege Leinen mit folgender Tagesordnung: 1. Statutenvorlage und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Bundesangelegenheiten. Zu Punkt 1 unterzog Kollege Menke die Statutenvorlage eingehender Besprechung; obwohl im großen und ganzen zustimmend, stellte derselbe wie auch mehrere andere Kollegen, in recht lebhafter Debatte verschiedene Anträge zur Generalversammlung, welche mit grosser Mehrheit von der Versammlung angenommen wurden. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden einstimmig gewählt: Die Kollegen Leinen, Steindruck, Graf, Lithograph; Rädcl, Licht-druck. Da nach Ansicht mehrerer Kollegen die »Graph. Presse« viel zu wünschen übrig lässt, wurden die Delegierten beauftragt, dahin zu wirken, dass hierin Aenderung geschaffen wird. Sodann stellte Kollege Graf den Antrag, dass in Anbetracht der Grösse der hiesigen Mitgliedschaft und der sich immer mehr steigenden Arbeiten vom 1. Juli 1907 an, ein Beamter am hiesigen Platze angestellt werden soll, auch dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Frankfurt a. M. Am 7. März fand hier die Jahresversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Senefelder-Bundes statt. Derselbe war die bestbesuchte Versammlung seit Inkrafttreten der Verschmelzung, da auch die bisher prozessführenden Gegner fast vollzählig erschienen waren. Unter Punkt »Geschäftliches« lag ein Brief des seitherigen Vorsitzenden Werner vor, in welchem er mitteilte, dass er sein Amt niederlege; aus diesem Grunde musste die Versammlung auf einen Jahresbericht leider verzichten. Als der Kassenbericht des 4. Quartals vom Kollegen Müller gegeben war, schritt man zur Neuwahl des Gesamtvorstandes. In derselben wurden fast einstimmig gewählt die Kollegen: Adam Kniedel, Lith., 1. Vorsitzender; Ernst Müller, Lith., Kassierer und Joh. Berz, Steindr., Schriftführer etc. Bei der Beratung der Statuten streiften die seitherigen Gegner einige Mängel des Statutenentwurfs und mahnten zur Sparsamkeit. In einer am Sonntag Vormittag, den 10. d. M. stattgefundenen Versammlung wurde das Ergebnis der Delegiertenwahl für Hannover bekannt gegeben. Es lautete: Alb. Jehnicke, Steindr. und Ernst Müller, Lith., Delegierte; Karl Scheitel, Steindr., Ersatzmann. — Zum Schluss bitten wir, alle Korrespondenzen, Anfragen wegen Auskünften etc. an Adam Kniedel, Lith., Wiesenstr. 103 zu richten. Die Adresse des Kassierers ist: Ernst Müller, Lith., Eichwaldstr. 3.

Göppingen in Würtbg. Zwei sehr gut besuchte Mitglieder-versammlungen beschäftigten sich mit der Beratung der neuen Statutenvorlage; die erste brachte Anträge zu den Vorschlägen des Hauptvorstandes, während die zweite sich ganz im Rahmen der letzten »Graph. Presse« bewegte und »Sprengpulver« in Hülle und Fülle zur Explosion brachte. Besonders kritisiert wurde die überaus hohe Belastung der Unterstützungskasse bei dem minimalen Beitrag, sowie der § 19, Abs. 2, welcher durch bedingte Verminderung der Umzugskostenentschädigung, die Freizügigkeit der verheirateten Kollegen gewiss nicht fördern dürfte. Man könnte fast annehmen, dass die Erfinder dieses neuen Paragraphen noch nie einen Umzug mit Kind und Kegel in eine fremde Stadt mitzumachen gehabt haben. Wer sich hierzu schon gezwungen sah, der weiss, welche Mühe und Arbeit solch ein Umzug schon verursacht, nota bene man in der glücklichen Lage ist, einen Möbelwagen zu bestreiten. Ein oberflächliches Betrachten der Umzugskostenätze zeigt uns aber auch sofort, dass schon bei nicht beträchtlicher Entfernung zweier Domizile, selbst die Höchstsätze nicht für die Fracht des Wagens ausreichen, ganz abgesehen von Zu- und Wegfahr vom Bahnhof, was auch noch 30—60 Mk. verschlingt. Und nun soll nicht mehr per Frachtbrief bezahlt werden, falls ein Möbelwagen inbegriffen ist, sondern nur Stückgut. Also gewissermassen eine Verschlechterung des Unzureichenden, durch welche die Kollegen in Zukunft mehr denn je gezwungen sein dürften, ihre Habseligkeiten auf Gnade und Ungnade zwischen Oelfässer und Käse-kisten, dem Eisenbahnwagen zu übergeben. Zerbrochene Gegenstände und beschädigte Möbel werden das Ergebnis zu grosser Sparsamkeit am

unrechten Ort sein. Mancher Kollege dürfte durch Beschränkung seiner Freizügigkeit zum unfreiwilligen Preisdrücker degradiert werden und die Folgen hat dann auch wieder die gesamte Kollegenschaft zu tragen. — Weit entfernt von Missgunst, müssen wir aber auch eingestehen, dass bei einer Parallele zwischen Reise- und Umzugsunterstützung, der ledige Kollege in stetem Vorteil ist, dafür gewöhnlich die 4 Pfg. pro km Luftlinie bei Benutzung der 4. Wagenklasse mehr als ausreichend sind. Dies unsere Mitteilung zu dieser Angelegenheit, und hoffen wir, dass sich unsere Generalversammlungsvertreter besinnen mögen, ehe sie diesem § 19 zustimmen. — Nun noch ein Fall, der auch zur Kenntnis der Kollegen gebracht werden dürfte: Es betrifft dies die Firma Paul Hausmeister, hier, welche seit einem halben Jahre zwei Steindrucker beschäftigt. Mit der Einrichtung und den Arbeitsverhältnissen werden wir uns später noch befassen müssen; heute sei nur noch ein Fall erwähnt, der vor zwei Wochen seine Sühne beim Gewerbegericht gefunden hat. Engagiert da die Firma einen jungen Steindrucker von Strassburg mit dem Bemerken, dass er am Montag, den 18. Februar früh eintreten solle. Der Kollege kommt Sonntag hier an und begibt sich Montag früh auf die Suche nach dem Geschäft. Strasse weiss er keine, Passanten wissen von der Firma P. Hausmeister auch nichts, und so gelingt es ihm erst mittags 1 Uhr in dem Kunsttempel zu landen. Doch die Aufnahme war keine gute. Es wird ihm bedeutet, dass bereits um $\frac{1}{2}$, 11 Uhr ein anderer Steindrucker engagiert wurde und man auch sein Wort nicht brechen dürfte!! Wir machten darauf Klage beim Gewerbegericht anhängig, und wurde in dieser Verhandlung durch Zeugnisaussagen festgestellt, dass die Firma bereits am Montag um $\frac{1}{2}$, 10 Uhr den anderen Steindrucker telephonisch von auswärts engagiert mit der Begründung, dass eilige Arbeit dies notwendig gemacht hätte. Also wegen 1 $\frac{1}{2}$ stündiger Verspätung des Arbeitsantritts sofortige Entlassung. Das Gericht stellte aber auch fest, dass am betr. Montag um 7 Uhr gar keine Presse für den Strassburger Kollegen da war, sondern dieselbe erst um $\frac{1}{2}$, 11 Uhr per Eilgut von der Fabrik kam und tatsächlich erst Dienstag nach 10 Uhr fertig aufgestellt wurde. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts bezeichnete demzufolge in sehr richtiger Weise das Vorgehen der Firma Hausmeister als rigoroses Verhalten und verurteilte die Firma auf Zahlung von 14 Tage Lohn und Tragung sämtlicher Kosten. Dies zur Kenntnis aller Kollegen und wird jeder Stellungwechseleinde gut tun, für rechtzeitigen Arbeitsantritt zu sorgen; denn auch trotz obigem Urteil waren manche unangenehme Folgen im Geleite.

Mügeln. Mitglieder-versammlung vom 3. März 1907. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung $\frac{1}{2}$, 7 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Beratung des Statutenentwurfes vom Hauptvorstand, eventuell Anträge hierzu. 2. Stellungnahme gegen die Firma Winter & Sauer, Briefumschlagfabrik, Heidenau bei Mügeln. 3. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll verlesen, wurde der Statutenentwurf vom Hauptvorstand als auch die übrigen in der »Graph. Presse« erschienenen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Nach längerer Debatte gelangt die Versammlung zu dem Entschluss, dass der Statutenentwurf vom Hauptvorstand im Prinzip wohl der beste sei. Es wurden 2 Anträge wie folgt eingebracht. 1. Antrag: Die Generalversammlung wolle beschliessen, dass mehr Agitation in den kleinen Zahlstellen betrieben wird und zu diesem Zweck Referenten zur Verfügung gestellt werden. 2. Antrag: Die Generalversammlung möge dahin Beschluss fassen, dass die »Graph. Presse« noch mehr ausbreitet wird, des öfteren aufklärende Artikel und Abhandlungen zum Abdruck bringt. Die Anträge wurden einstimmig akzeptiert. Schliesslich gelangte noch folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

»Die am 9. März 1907 tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Mügeln, Bezirk Dresden, erklärt sich mit dem Statutenentwurf vom Hauptvorstand im Prinzip einverstanden, weil er das Interesse der Gesamtkollegenschaft wahr und erwarten von der Generalversammlung, dass in dieser Angelegenheit ein gangbarer Weg gefunden wird.«

Zu Punkt 2: Stellungnahme gegen die Firma Winter & Sauer, siehe Brief aus Mügeln. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten lokaler Natur erledigt. Schluss der Versammlung 10 Uhr.

Tüchtige [3,—]

Dreifarben-Aetzer,

sowie **Positiv-Retuscheure** für erstklassige Maschinenretuschen sofort bei hohem Lohn gesucht von **Dr. Trenkler & C., Leipzig-Stötteritz.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige jüngere, tüchtige

Auto-Aetzer

für Zink und Kupfer. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisschriften an [2,70] **E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.**

Auto-Aetzer

für Schwarz sucht **Gustav Dreher, Württ. Graphische Kunstanstalt, Stuttgart.** [1,80]

Ein tüchtiger **Positiv-Retuscheur** für Auto- und Lichtdruck zum sofortigen Eintritt gesucht.

Offerten mit Gehaltsansprüchen, Muster und Zeugnisschriften erbeten an [2,40] **E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen **Positiv-Retuscheur**, Spezialist für amerikanische Maschinen-Retusche, sowie einen jüngeren flotten

Auto-Aetzer. Offerten mit Zeugnisschriften und Gehaltsanspr. an **Zerreiss & Co., Graph. Kunstanst., Nürnberg.**

Tüchtige **Positiv-Retuscheure**, speziell für Maschinenretusche, sowie **Auto-Aetzer**

suchen sofort [2,40] **Dr. Trenkler & Co., Leipzig-Stötteritz.**

Positivretuscheur Zeichner bevorzugt, für dauernd gesucht. **Frauenhof & Bache**, Köln, Alteburgerstrasse 43. [1,80]

Tüchtige **Positiv-Retuscheure** im Air-brush flott und sicher arbeitend, sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Angabe bisheriger Stellung und Gehaltsansprüchen.

Mundhenke & Boldt, Graph. Kunstanstalt, Hannover, Lemförderstr. 1. [2,70]

Jüngeren **Metallretuscheur** oder **Schriftlithograph**, der sich auf Metallretusche einarbeiten will, sucht [1,80] **Karl Schütte, Berlin W. 66.**

Nachschneider tüchtiger, welcher auch schrumpfen kann, zum sofortigen Antritt bei gutem Lohn gesucht. [2,10] **J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Graphische Kunstanstalten, Braunschweig.**

Fräser tüchtiger, zum sofortigen Antritt bei gutem Lohn gesucht. [1,80] **J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Graphische Kunstanstalten, Braunschweig.**

Schnupftabakdosen

D. R. G. M.  **No. 195891. No. 216489.**

mit Namen, sowie Schmalzler-Gläschen, Wirtschafts- und Vereinsdosen, aus Horn und Hornimitation in feinsten Ausführung empfiehlt den Kollegen und steht Preisliste gerne zu Diensten.

Fr. A. Hüber, Schramberg (Württemberg) [2,25] Alte Steige 7.

Unserm lieben Vorsitzenden **Franz Beumers**

bei seiner Abreise von hier nach **Kempen** ein **herzliches Lebewohl** und wünschen viel Glück im neuen Wirkungskreise. **Die Zahlstelle M.-Gladbach** des Deutschen Senefelder-Bundes. [1,80]

Unserem lieben Kollegen **Max Hammer** zu seiner Abreise von hier nach **Düren** ein recht **herzliches Lebewohl.**

H. Stracke, Ph. Citzenhöfer, M. v. Steeg, W. Minks. [1,20]

Am 4. März verschied plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Oberlithograph **Oskar Kalesse** im Alter von 48 Jahren. Ehre seinem Andenken! **Deutscher Senefelder-Bund Mitgliedschaft Breslau.**